

ZUGANG UND QUALITÄT SOZIALER LEISTUNGEN FÜR EINKOMMENSCHWACHE

Ein europäischen Vergleich

Karin Heitzmann

Österreich weist im europäischen Vergleich eine relativ geringe Rate an einkommensarmen Menschen auf. Erst im vergleichenden Blick auf Zugang und Qualität werden wichtige Defizite im System sozialer Leistungen deutlich.

Im Folgenden sollen der Zugang und die Qualität sozialer Leistungen für Einkommensschwache in Österreich im Vergleich zur Europäischen Union bzw. zu Mitgliedsstaaten der Union analysiert werden. Zunächst erscheint es aber notwendig, einige der in der Überschrift verwendeten Termini zu klären. Unter sozialen Leistungen für Einkommensschwache werden in diesem Beitrag nicht nur Geldleistungen, sondern auch ein durch die öffentliche Hand angebotenes oder zumindest finanziertes Grundnetz an sozialen Dienstleistungen, beispielsweise im Bereich Gesundheit, verstanden. Bei der folgenden Analyse steht zudem nicht nur das Angebot an sich, sondern vor allem der Zugang zu Sozialleistungen, im Mittelpunkt. Letzterer ist dann nicht gewährt, wenn Angebote zu hochschwierig gestaltet sind. Entsprechende Hürden bei der Inanspruchnahme basieren nur zum Teil auf expliziten Regulierungen (z.B. Ausschluss von Nichtösterreicher/innen aus Teilbereichen der regionalen Sozialhilfe, Ausschluss von Nicht-Versicherten aus der Pensionsversicherung oder der Krankenversicherung). Vielfach werden Sozialleistungen und vor allem Fürsorgeleistungen für Einkommensschwache, z.B. mangels Informationen, nicht in Anspruch genommen oder es wird aufgrund einer befürchteten Stigmatisierung bei Leistungsbezug von der Hilfeleistung Abstand genommen. Schließlich soll in diesem Beitrag die Qualität von Sozialleistungen geprüft werden. Dabei wird ein qualitativ hochwertiges Sozialsystem als ein System interpretiert, welches möglichst wenig Einkommensarmut produziert.

Dimensionen zur Beurteilung der Qualität sozialer Leistungen für Einkommensschwache

Wie lassen sich Sozialleistungen für Einkommensschwache in Österreich mit denen in anderen EU Staaten vergleichen? Zur Überprüfung der Qualität, und damit der Wirksamkeit von Sozialleistungen für Einkommensschwache, werde ich zunächst eine Bewertung der erzielten Resultate bzw. Ergebnisse vornehmen. Dabei hinterfrage ich nicht, wie – bzw. unter Einsatz welcher Mittel und unter Einbeziehung welcher Akteure – es zu diesen Ergebnissen gekommen ist. Ich stelle Österreich dabei zum Einen dem Durchschnitt der 15 EU-Mitgliedsstaaten gegenüber. Zum Anderen vergleiche ich Österreich darüber hinaus noch mit drei ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten: mit dem Nachbarland Deutschland, sowie mit Großbritannien und Schweden. Großbritannien verkörpert im Gegensatz zu Österreich ein sehr viel liberaleres (bzw. neoliberaleres) Land, das – nach allgemeiner Einschätzung – auch im Sozialbereich einen Schwerpunkt auf private Verantwortung legt und den Einfluss des Staates möglichst gering zu halten versucht. Schweden zeichnet sich nach landläufiger Meinung im Gegensatz dazu durch einen hohen Anteil von öffentlicher Verantwortung und geringem privaten Engagement aus.

Ergebnisanalyse

Im Vergleich zu den drei Ländern Deutschland, Großbritannien und Schweden (sowie dem europäischen Durchschnitt) ist Österreich, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das reichste Land. Dies spiegelt sich auch darin wieder, dass die statistisch berechnete Einkommensarmutsschwelle, die basierend auf der Einkommensverteilung in diesen Ländern jeweils auf dieselbe Art berechnet wird¹, in Österreich höher ist als in den drei Vergleichsländern. Sie betrug für das Jahr 1998 knapp 8.200,- € und war damit um € 1.100,- höher als im Schnitt der EU. Das Niveau von Großbritannien und Deutschland ist in etwa mit dem in Österreich vergleichbar, wohingegen in Schweden die geringste Einkommensarmutsschwelle festgestellt werden kann.

Ergebnisvergleich	O	EU - 15	D	GB	SWE
Einkommensarmutsschwelle (1998)	8.155 €	7.063 €	7.988 €	8.068 €	6.780 €
Einkommensarmutsrate (1998)	13 %	15%	16 %	21 %	10 %
Gini-Koeffizienten (Mitte 1990er)	26	---	28	32	23

Quellen: Förster und Heitzmann, 2002: 205f; <http://web.hhs.se/personal/Suzuki/o-English/ne09.html>;

Die auf Basis dieser Einkommensarmutsschwellen berechneten Einkommensarmutsraten belaufen sich im EU-Schnitt auf 15%, die Armutsrate Österreichs liegt mit etwa 13% im unteren Mittelfeld: Österreich ist sechster in der Rangliste der 15 EU-Staaten. Von den rund 65 Millionen einkommensarmen Menschen in EU-Europa leben damit etwa 1 Million oder 1,6% in Österreich (zum Vergleich: 2,2% der gesamten EU-Bevölkerung lebt in Österreich). Innerhalb EU-Europas gibt es bedeutende Unterschiede in der Armutsgefährdung: Finnland weist mit 8% das geringste Einkommensarmutsrisiko auf, Großbritannien und Griechenland sind mit 21% traurige Spitzenreiter – in diesen Ländern sind die Einkommen der Bevölkerung am ungleichsten verteilt (vgl. Förster und Heitzmann, 2002: 205).

Die österreichische Einkommensarmutsrate lag um 3 Prozentpunkte unterhalb der Rate von Deutschland (16%) und um 3 Prozentpunkte oberhalb der Rate von Schweden (10%). In Schweden sind die Einkommen somit gleich verteilter als in Österreich, was sich auch durch einen Gini-Koeffizientenⁱⁱ von 23 gegenüber 26 (Österreich) widerspiegelt. Die Einkommen von Deutschland (Gini-Koeffizient: 28) sind etwas ungleicher verteilt als in Österreich. Großbritannien (32) weist deutlich mehr ungleich verteilte Einkommen auf (USA: 34; <http://web.hhs.se/personal/Suzuki/o-English/ne09.html>; OECD-Ranking).

Dieser Ergebnisvergleich zeigt zunächst einmal auf, dass Österreich im Vergleich zu den drei Mitgliedsstaaten, aber auch im Schnitt der Europäischen Union, verhältnismäßig gut abschneidet. Wir sind relativ reich, die Einkommen sind relativ gleich verteilt, die Einkommensarmutsrate ist relativ gering. Im Vergleich zu den drei anderen europäischen Ländern hat Schweden zwar weniger Einkommensarme, allerdings eine deutlich geringere Armutsschwelle als Österreich. Wie kommt es nun aber zu diesem für Österreich relativ vorteilhafterem Ergebnis? Welche Rolle spielen die vom öffentlichen Sektor eingesetzten Mittel zur Armutsbekämpfung? Im Folgenden wende ich mich von einer Ergebnisbetrachtung hin zu einer Instrumentenbetrachtung, nicht zuletzt um neben der Qualität auch den Zugang zu öffentlichen Sozialleistungen beurteilen zu können.

Mittelvergleich

Im Hinblick auf die Rolle des Staates in der Armutsbekämpfung soll ein erster Blick auf die Sozialausgaben geworfen werden. Gibt Österreich – auch in Gegenüberstellung zu den angeführten Vergleichsländern – vielleicht besonders viel Geld für Soziale Angelegenheiten aus? Ein erster Blick auf die Sozialstaatsausgaben bestätigt dies nicht. Im Jahr 2000 hat Österreich Sozialausgaben in Höhe von 29% des Bruttoinlandsprodukts getätigt (Abramovici, 2003: 2). Das ist zwar mehr als im Vergleich zu Großbritannien (das Ausgaben in der Höhe von 28% des Bruttoinlandsproduktes aufweist), aber verhältnismäßig weniger als im Vergleich zu Deutschland (30%) oder Schweden (32%). Allerdings muss daran erinnert werden, dass Österreich im Vergleich zu den drei Vergleichsländern ‚reicher‘ war, d.h. dass ein höheres BIP erwirtschaftet wurde. Bereinigt um die unterschiedlichen Preisniveaus in den einzelnen Ländern hat Österreich in absoluten Zahlen ausgedrückt mit knapp 7.400,- KKSⁱⁱⁱ pro Person für jede und jeden seiner Bewohnerinnen und Bewohner in etwa so viel wie (das ärmere) Schweden (etwa 7.400,- KKS) ausgegeben; und damit mehr als Deutschland (etwa 7.000,- KKS) bzw. deutlich mehr als Großbritannien (rund 6.200,- KKS). Österreich weist übrigens von allen 15 EU-Staaten nach Luxemburg und Dänemark die dritthöchsten absoluten Pro-Kopf Sozialausgaben auf.

Instrumentenvergleich	Österreich	EU - 15	Deutschl.	UK	Schweden
Sozialausgaben in % des BIP (2000)	29 %	27%	30 %	27 %	32 %
<i>Pro-Kopf-Sozialausgaben in KKS*</i>	7.396	6.155	7.025	6.048	7.367
<i>davon nicht für Alter, Pflege, Gesundheit, Familie, Arbeitslosigkeit</i>	2 %	4 %	3 %	7 %	5 %
% Geldleistungen : Sach-/Dienstleistungen (1999)	70 : 30	69 : 31	70 : 30	64 : 36	58 : 42
% beitragspflichtige : beitragsfreie Leistungen (1999)	74 : 26	---	70 : 30	43 : 57	39 : 61
% Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen	50 – 99%	---	36 – 79%	23 – 46%	---

Kaufkraftstandards = Eine von Landeswährungen unabhängige Einheit, die Verzerrungen aufgrund von Unterschieden im Preisniveau ausschaltet.

Beitragspflichtig: der Bezug von Sozialleistungen ist an die Voraussetzung geknüpft, dass Beiträge in ein Sozialversicherungssystem eingezahlt wurden (Bismarck'sche Tradition). Beitragsfrei: um einen Anspruch auf Sozialleistungen geltend zu machen, genügt es gebietsansässig und bedürftig zu sein. (Beveridge Tradition)

Quellen: Abramovci, 2002: 3; Abramovci, 2003: 2f.; Dimmel, 2000: 399f.; Van Oorschot, 1991: 18f.

70% der gesamten Sozialausgaben in Österreich (und Deutschland) fließen als Geldleistungen an die jeweiligen BezieherInnen; damit liegt Österreich, gemeinsam mit Deutschland im europäischen Spitzenfeld der geldleistungsdominierten Sozialleistungssysteme. Die Anteile in Großbritannien (64%) und Schweden (58%) sind vergleichsweise geringer. Nur 30% der österreichischen Sozialausgaben fließen in Österreich als Sach- oder Dienstleistungen an die BezieherInnen. Diese fielen vor allem im Gesundheitswesen an, bei der Betreuung in Alten- und Pflegeheimen sowie im Kindergartenwesen (Badelt und Österle, 2001: 21f.).

Geld- und Dienstleistungen

Im Zusammenhang mit Geld- versus Dienstleistungen gilt es auf zwei relevante Aspekte hinzuweisen. Zunächst muss ein relativ hoher Anteil an öffentlichen Geldleistungen nicht unbedingt mit einem geringen Angebot an sozialen Dienstleistungen einhergehen. Dies leuchtet unmittelbar ein, wenn bedacht wird, dass soziale Dienstleistungen in Österreich zu einem großen Teil von privaten Nonprofit Organisationen angeboten werden (sehr häufig unter zumindest teilweiser Finanzierung durch den öffentlichen Sektor). Gerade im Sozialbereich weist Österreich (2,9%) im Vergleich zu Deutschland (1,9%) und Großbritannien (0,8%) einen deutlich höheren Anteil^{iv} von im Nonprofit Sektor beschäftigten (vollzeitäquivalenten) Personen aus, die u.a. Dienstleistungen für Einkommensschwache anbieten^v (vgl. Salamon, Anheier *et al.*, 1999: 26f.; eigene Berechnungen). Damit kann die Versorgung von einkommensschwachen Personen mit sozialen Dienstleistungen unter Umständen auch durch die Einbindung von Nonprofit Organisationen gewährleistet werden.

Zweitens möchte ich auf die Debatte um Mindeststandards im Sozialbereich verweisen und auf die diesbezügliche Diskrepanz zwischen Geld- und Dienstleistungen. In der Praxis konzentriert sich die wissenschaftliche und politische Diskussion v.a. auf die Bewertung von *monetären* Mindeststandards – bzw. auf das Fehlen derselben (z.B. wird häufig kritisiert, dass es keine Untergrenze beim Arbeitslosengeld gibt oder dass die Richtsätze für die Sozialhilfe zu niedrig wären etc.). Die Debatte um eine Mindestausstattung mit sozialen Dienstleistungen kommt bei weitem nicht an das heran, was im Bereich der Festlegung vom monetären Mindeststandard bereits diskutiert worden ist (Badelt, 1997: 185). Dies gilt etwa auch für die Armutforschung: als Mindeststandard wird i.d.R. eine monetäre Armutsschwelle festgesetzt, die es zu erreichen gilt, um nicht als arm zu gelten. Dies führt dazu, dass zwar immer wieder Untersuchungen über Zahl und Typen von *einkommensarmen* Menschen bzw. Haushalten durchgeführt werden, selten aber orientieren sich Studien an einer „Unterversorgung“ armer Menschen mit sozialen Dienstleistungen (wiewohl die Verbindung zwischen Einkommensarmut und einer Unterversorgung mit sozialen Dienstleistungen evident ist).

Aber zurück zu den Leistungen des öffentlichen Sektors für Einkommensschwache: Die Zahlen der Pro-Kopf-Sozialausgaben belegen, dass der öffentliche Sektor im Sozialbereich sehr aktiv ist, bzw. war (die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2000!). Wem aber kommen diese Sozialausgaben zugute? Oder anders gefragt: Welcher Anteil der Ausgaben wird direkt für die Bekämpfung von Einkommensarmut eingesetzt? Österreich gibt im Vergleich zu den anderen drei EU-Ländern den größten Anteil der Sozialausgaben für die klassischen Risiken (Alter/Pflege, Arbeitslosigkeit, Gesundheit) und für Familien und den geringsten Anteil für spezifische Armutrisiken (z.B. Wohnen, Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung) aus. Nur 2% der gesamten Sozialausgaben fließen im Jahr 2000 in diesen Bereich, im Gegensatz zu 7% in Großbritannien oder 5% in Schweden.

Das muss nicht unbedingt bedeuten, dass Österreich vergleichsweise weniger für seine Armen tut als andere Länder – nämlich dann nicht, wenn über die Abdeckung der klassischen Risiken quasi als Nebenprodukt Einkommensarmut verhindert bzw. eingedämmt wird. Dies hängt in besonderem Ausmaß von der Gestaltung der Leistungen für die ‚klassischen‘ Risiken ab. Es geht damit also nicht zuletzt um die Regelung des Zugangs zu staatlichen Sozialleistungen. Im Folgenden möchte ich zwei Indikatoren anführen, welche Auskunft über den Zugang zu Sozialleistungen geben.

Zugang zu Sozialleistungen

Zunächst kann zwischen beitragspflichtigen und beitragsfreien Leistungen unterschieden werden. Erstere sind im Wesentlichen Versicherungsleistungen, die erst gewährt werden, nachdem Versicherungsbeiträge einbezahlt worden sind. Österreich wies 1999^{vi} von allen Vergleichsländern mit 74% den höchsten Anteil an beitragspflichtigen Leistungen auf. In Deutschland ist der Anteil mit 70% etwas geringer. In Großbritannien (43%) und vor allem in Schweden (39%) sind deutlich weniger als die Hälfte aller Sozialleistungen an vorherige Beitragsleistungen geknüpft. Der Anteil der beitragsfreien Leistungen ist in diesen Ländern dementsprechend höher.

In Österreich sind lediglich 26% der Sozialleistungen nicht an vorherige Beitragszahlungen geknüpft. Ein Großteil davon sind allgemeine Versorgungsleistungen, wie z.B. die Familienbeihilfe oder das Pflegegeld, die unabhängig vom Einkommen der Empfängerhaushalte gewährt werden. Fürsorgeleistungen, und damit von der Einkommenslage abhängige Leistungen, werden in Österreich übrigens mit nur 4% der gesamten Ausgaben für Soziales abgedeckt (Badelt und Österle, 2001: 22). Die ausgabenstärksten Fürsorgeleistungen sind in Österreich übrigens die Ausgleichszulage und die Notstandshilfe, nicht aber die Sozialhilfe. Sowohl für die einkommensunabhängigen als auch für die einkommensabhängigen Sozialleistungen gilt allerdings, dass nicht alle in Österreich lebenden Menschen gleichermaßen Anspruch auf diese Leistungen haben. Dies gilt im Besonderen für MigrantInnen, die erst unter spezifischen Voraussetzungen (z.B. Erwerbstätigkeit und mindestens 5 Jahre Aufenthaltsdauer) Anspruch auf z.B. Familienbeihilfe und damit auch Kinderbetreuungsgeld erhalten, oder – regional unterschiedlich – Anspruch auf Sozialhilfe haben. Mit diesen Regelungen wird übrigens auch implizit festgelegt, welche Personengruppen in Österreich als würdige bzw. als nicht würdige EmpfängerInnen von öffentlichen Sozialleistungen angesehen werden...

Apropos Sozialhilfe: Ein weiterer, interessanter Aspekt, welcher Auskunft über den Zugang zu Sozialleistungen für Einkommensschwache gibt, ist der Anteil der Personen, die zwar einen Anspruch auf Sozialhilfe haben, diese aber nicht in Anspruch nehmen. Es ist sehr schwer, Schätzungen hinsichtlich dieses Anteils (der so genannten *non-take-up* Rate) vorzunehmen, da es sich um Personen handelt, deren Notlage versteckt bleibt. Und versteckte Armut ist schon *ex definitione* schwer zu entdecken. Dementsprechend groß ist die Bandbreite der Schätzungen zur Nichtinanspruchnahme von Fürsorgeleistungen. Nikolaus Dimmel (2000: 399ff) schätzt beispielsweise für Österreich, dass 86 – 99 % aller Personen, die Anspruch auf Sozialhilfe in Österreich hätten, diese nicht in Anspruch nehmen. Andere Studien kommen auf zumindest 50% (Dimmel, 1997: 47). Vergleichbare Studien (vgl. Van Oorschot, 1991: 18f.) für Großbritannien und Deutschland kommen auf 23 – 46% (Großbritannien) bzw. auf 36 – 79% (Deutschland). Dies deutet darauf hin, dass Personen in Österreich und Deutschland, Sozialhilfeleistungen nicht öfter in Anspruch nehmen als in Großbritannien. Dies hat nicht zuletzt mit den prinzipiellen Einstellungen zu Fürsorgeleistungen zu tun. In Großbritannien stellen Fürsorgeleistungen das *gros* der gesamten Sozialleistungen dar. Ein Bezug derartiger Leistungen ist nichts ungewöhnliches; in Österreich und Deutschland stellen sie jedoch die Ausnahme dar: das Wissen über diese Leistungen ist gering, das mit den Leistungen verbundene Stigma hoch.

Dies zeigt unter anderem eine Untersuchung aus Deutschland, in der Personen befragt worden sind, die zwar Anspruch auf Sozialhilfe hätten, allerdings keinen Antrag auf Unterstützung gestellt haben. Warum haben sie das nicht getan? Mehr als die Hälfte der befragten Personen meinten, dass ihr Einkommen für einen Sozialhilfebezug zu hoch wäre (55%). Vielen war nicht bewusst, dass sie, auch wenn sie Erwerbseinkommen oder Arbeitslosengeld beziehen, Anspruch auf Sozialhilfe haben. Viele haben aus Stolz Sozialhilfe nicht in Anspruch genommen, weil sie meinten, dass sie auch in Notlagen für sich selbst sorgen könnten (56%). Schließlich wollten 43% der Befragten weder Eltern noch Kindern mit Sozialhilfeangelegenheiten belasten (dazu passt, dass 70% aller Armutsbetroffenen nur unzureichende Vorstellungen über Rückzahlungs- bzw. Regressverpflichtungen in der Sozialhilfe hatten; zit. in Dimmel, 2000: 407f.). Für 47% schließlich war der Kontakt zum Sozialamt so unangenehm, dass sie lieber vorübergehende Bedürftigkeit in Kauf genommen haben als um Fürsorge anzusuchen. Wir wissen übrigens auch für Österreich, dass viele Menschen, die Sozialhilfe beziehen bzw. bezogen haben, sich erst auf Vermittlung von privaten Sozialorganisationen, wie der Caritas oder der Diakonie an das Sozialamt gewandt haben. Offensichtlich wird das Hilfs- und Beratungsangebot von privaten Sozialorganisationen von hilfebedürftigen Personen als sehr viel niederschwelliger wahrgenommen, als dasjenige von öffentlichen Sozialämtern.

Zusammenfassung

Die kurzen Ausführungen zum Ergebnisvergleich haben gezeigt, dass Österreich - verglichen mit Deutschland und Großbritannien - eine relativ geringe Rate von einkommensarmen Menschen aufweist; die Einkommen in Schweden sind allerdings gleicher verteilt als in Österreich und die Einkommensarmutsrate ist dort dementsprechend geringer.

Der Mittelvergleich hat gezeigt, dass die Wege zum guten bzw. schlechten Ergebnis in den ausgewählten Ländern sehr unterschiedlich sind. Dies bezieht sich weniger auf die Höhe der Sozialausgaben, als auf ihre Zusammensetzung und Besonderheiten. Österreich gibt z.B. verhältnismäßig viel für die Abdeckung der klassischen versicherungspflichtigen Risiken, wie Alter,

Arbeitslosigkeit und Gesundheit, aus; dementsprechend hoch ist auch der Anteil der beitragsgebundenen, d.h. der versicherungspflichtigen Leistungen. Auch Pflegeleistungen und Familienleistungen sind vergleichsweise hoch. Fürsorgeleistungen, die explizit einkommensschwachen Familien zugute kommen, sind demgegenüber gering – und sie werden auch verhältnismäßig wenig angenommen; da ein – im Vergleich zu anderen Ländern – höherer Anteil an Menschen diese Leistungen gar nicht erst beantragt, obwohl ein Rechtsanspruch darauf besteht. Es hat sich auch gezeigt, dass die Rolle von privaten Nonprofit Organisationen in Österreich im Vergleich zu Deutschland und Großbritannien im Sozialbereich bedeutsamer ist, da mehr Personen im so genannten Dritten Sektor beschäftigt sind als in den Vergleichsländern Deutschland und Großbritannien. NPOs bieten v.a. Dienstleistungen an, womit die geldleistungsdominierte soziale Sicherung des öffentlichen Sektors etwas relativiert wird.

Mag. Dr. Karin Heitzmann ist Universitätsassistentin an der Abteilung Sozialpolitik am Institut für Volkswirtschaftstheorie und – politik, WU-Wien

Literatur

- Abramovici, Gérard (2003). Der Sozialschutz in Europa. Statistik kurz gefasst: Bevölkerung und Lebensbedingungen. Thema 3, 3/2003.
- Abramovici, Gérard (2002). Der Sozialschutz: Bar- und Sachleistungen. Statistik kurz gefasst: Bevölkerung und soziale Bedingungen. Thema 3, 16/2002.
- Badelt, Christoph und Österle, August (2001). Grundzüge der Sozialpolitik: Sozialpolitik in Österreich. 2. Auflage. Wien.
- Badelt, Christoph (1997). Soziale Dienstleistungen und der Umbau des Sozialstaats. In: Hauser, Richard (Hrsg.). Reform des Sozialstaats I: Arbeitsmarkt, soziale Sicherung und soziale Dienstleistungen. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, S. 181-220. Berlin.
- Dimmel, Nikolaus (2000). Drohen – Betteln – Verhandeln. Frankfurt.
- Dimmel, Nikolaus (1997). Sozialmanagement oder Wohlfahrtsverwaltung. Frankfurt.
- Förster, Michael F. und Heitzmann, Karin (2002). Einkommensarmut und akute Armut in Österreich. In: Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen. BMSG (Hrsg.). Bericht über die soziale Lage: Analysen und Ressortaktivitäten 2001-2002, S. 187-209. Wien.
- Salamon, Lester M., Anheier, Helmut, K. et al. (1999). The Emerging Sector Revisited: A Summary. Baltimore.
- Van Oorschot, Wim (1991). Non-take-up of social security benefits in Europe. Journal of European Social Policy, 1:1, 15-30.
- <http://web.hhs.se/personal/Suzuki/o-English/ne09.html>;

Anmerkungen

ⁱ Personen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 60%-des nationalen Pro-Kopf-Medianeinkommens werden nach den Usancen des Europäischen Statistischen Zentralamtes als einkommensarm, bzw. in der österreichischen Diktion als ‚armutsgefährdet‘ bezeichnet.

ⁱⁱ Ein Gini-Wert von 100 drückt absolute Ungleichverteilung aus; ein Wert von 0 völlige Gleichverteilung.

ⁱⁱⁱ Kaufkraftstandards: Eine von den Landeswährungen unabhängige Einheit, die Verzerrungen aufgrund von Unterschieden im Preisniveau ausschaltet.

^{iv} Unter Berücksichtigung der ehrenamtlichen Arbeit bleibt Österreich (2,8%) zwar nach wie vor Spitzenreiter, das Verhältnis ändert sich allerdings zugunsten von Deutschland (2,2%) und Großbritannien (1,7%).

^v Angaben für Schweden sind leider nicht vorhanden.

^{vi} Und damit noch vor der Umgestaltung der Versicherungsleistung ‚Karengeld‘ in die Versorgungsleistung ‚Kindergeld‘.